

07.04.2023 GRÜNER Antrag auf Richtigstellung abgelehnt!

Gleich zu Beginn der Beratungen zum Kreishaushalt 2023 hatten wir GRÜNEN eine Entnahme von 7 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage zum fiktiven Haushaltsausgleich beantragt. Wäre der Kreistag unserem Antrag gefolgt, wäre diese Rücklage auf 1,8 % des Haushaltsvolumens abgesenkt worden. Hintergrund unseres Antrags war eine Vereinbarung des Kreises mit den Städten und Gemeinden, die Ausgleichsrücklage schrittweise auf 1 % abzusenken. Unser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen mit der Begründung abgelehnt, man wolle sich für die Umsetzung der Vereinbarung lieber noch einige weitere Jahre Zeit nehmen.

In ihren Haushaltsreden haben sich Herr Kleebaum (CDU) und Frau Schäfer (FDP) auf unseren Antrage bezogen:

"Nicht nachvollziehbar ist aus unserer Sicht, dass die Grünen-Fraktion – im Jahr nach dem gemeinsamen Beschluss zum „Letter of Intent“ und gegen den Willen der Bürgermeister – die **Ausgleichsrücklage vollständig auflösen will.**" (Kleebaum)

"Deshalb war es die richtige Entscheidung des Finanzausschusses, den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen abzulehnen, die Ausgleichsrücklage zugunsten eines Einmaleffektes in diesem Jahr um 7 Mio Euro zu reduzieren. Wir wissen wie gesagt nicht, was in den nächsten Jahren noch auf uns zu kommt, weshalb wir uns dieser **Rücklage nicht auf einen Schlag berauben** dürfen. Viel mehr muss es uns zwar darum gehen, wie im Letter of Intent vereinbart, die Ausgleichsrücklage auf 1 % der Bilanzsumme zu senken, aber nicht mit einem „Wumms“ sondern mit Augenmaß und mit aller gebotenen Vorsicht vor dem Hintergrund der oben genannten Krisen." (Schäfer)

Unser Antrag wurde erkennbar – bewußt oder unbewußt – falsch wiedergegeben. Da gerade die Haushaltsreden auf der homepage des Kreises recht prominent präsentiert werden, aber ein direkter Verweis auf unseren Antrag nicht gegeben ist, ist diese fehlerhafte Darstellung (Lüge?) für die Leser nicht unmittelbar erkennbar. Diesen Mangel wollten wir per Antrag, z. B in Form einer textlichen Ergänzung bzw. Anhangs, beheben lassen. Im Zuge der Beratung im Kreistag haben sich CDU und FDP in keiner Weise zu Wort gemeldet. Vielmehr ist ein Vertreter der SPD (!) in die Rolle des politischen Anwalts geschlüpft und mit dem Hinweis auf den „mündigen Bürger“ unser Ansinnen auf Richtigstellung als überflüssig bewertet.

Aus diesem Vorgang haben wir GRÜNEN die Erkenntnis gewonnen: Wahrhaftigkeit und Redlichkeit ist für CDU und FDP in der politischen Debatte erkennbar unwichtig!

Norbert Vogelpohl